

Die „Vorwärts“...  
Verantwortlicher: Hans Nordens 2195 und 2196.

Verantwortlicher: Hans Nordens 2195 und 2196.  
Erscheinungsort: Berlin N.O. 6. Schiffbauerdamm 19.

# „Vorwärts“

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Aus der Dunkelkammer der Reaktion.

## Die Militärmarietta.

Seit einigen Tagen tut der „Vorwärts“ so, als ob er endlich einsehen würde, daß die Gefahr für die Revolution von rechts zu erwarten ist. Auch die rechtssozialistischen Führer suchen der wachsenden Erregung ihrer Anhänger gegen ihre Politik dadurch zu begegnen, daß sie in den letzten Tagen energische Töne gegen die Reaktion anschlagen. Aber mit Recht hebt die reaktionäre Presse hervor, daß es sich hier nur um Theaterdonner handelt. Man braucht radikale Töne, um die Abwanderung der eigenen Anhänger in das Lager der Unabhängigen aufzuhalten.

Wie wenig ernsthaft die Bekämpfung der Reaktion dem „Vorwärts“ und den Führern der Rechtssozialisten ist, zeigt ja vor allem die Tatsache, daß sie immer noch nicht daran denken, den Belagerer auszustand aufzuheben. Der Berlin der Militärmarietta ausliefert. Unter der stillschweigenden Billigung der Regierung, ja sogar auf ihre Anordnung hin wird das Bürgerium weiter bewaffnet und jetzt, wie wir am Mittwoch mitteilten, auch die Bewaffnung der Karatier mit Hilfe der Garde-Kavallerie-Schützen-Division und der unersichtlichen Landräte durchgeführt. Mit seinem Wort erwähnt der „Vorwärts“ diese uniere Entschlüsse. Auch die übrige Presse schweigt. Nur die „Berliner Volkszeitung“ gibt ihren Vorwand von der Tatsache Kenntnis und unterstreicht unsere Vorhersage, daß hier eine neue Aktion der Militärmarietta vorliege.

In der Abendausgabe vom Donnerstag bringt der „Vorwärts“ wieder einen Artikel gegen die Reaktion. In diesem Artikel heißt es:

Wenn heute noch in breiten Volksmassen ein dunkler Haß gärt, der irgendwie einen Ausweg sucht und sich mitunter an nächstliegenden ungelegenen Objekten entlädt, so tragen sie die Schuld daran, denn sie und ihre hochseligen Herren Vorgesetzten haben diesen Haß jahrhundertlang gezüchtet. Und wenn sie sich einbilden, sie hätten der Regierung irgendwie geholfen, so täuschen sie sich, denn sie haben nie wirklich der republikanischen Regierung geholfen und können ihr nur Väterdienste leisten.

So richtig die Behauptung ist, daß die Reaktionäre nie Ehrlich der Republikanischen Regierung gedient haben und ihr nur Väterdienste leisten können, so bezeichnend ist die Tatsache, daß der „Vorwärts“ in der gleichen Nummer auf der dritten Seite ohne ein Wort der Kritik die Tatsache mitteilt, daß Herr Schöpslin, der nun endlich mit einem Votum Bedachte, in Gemeinschaft mit Roske der Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Genehmigung erteilt hat, eine organisierte Streikbrecherbande zu bilden. Denn auf nichts anderes läuft es hinaus, wenn dieser Offizierskommandant das Recht anheben wird, eine Organisation durchzuführen, um im Falle eines „gewerkschaftlich nicht genehmigten Streiks“ in den Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken Streikbrecher zu entsenden.

Noch immer leben die rechtssozialistischen Führer in ihrem bornierten Haß gegen die Forderungen der Arbeiter nicht, daß ihre stärkste Stütze, die Garde-Kavallerie-Schützen-Division, zu einer Nebenregierung geworden ist, die die wirkliche Macht in Händen hat. Während die Regierung redet, wird von diesen Herren gehandelt. Mit Hilfe der Mittel, die ihnen von der Regierung und auch in sehr reichem Maße von den Kapitalisten ausfließen, haben sie einen großen Apparat geschaffen, mit dem sie ihre Herrschaft befestigen wollen. Alles, was sich irgendwie im Deutschen Reich an gegenrevolutionären Bestrebungen zeigt, verdankt sein Entstehen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division. Sie organisiert Grenzsicherungs-Einwohnerwehr, Landwehr usw. Sie hält eigene Pressekonferenzen ab, hat einen Pressedienst geschaffen, mit dem sie die ganze Presse, einschließlich des „Vorwärts“, beeinflusst, und gibt jetzt sogar ein eigenes Organ heraus.

Das alles steht weder der „Vorwärts“, noch sehen es die rechtssozialistischen Führer. Sie haben diese Geister zum Sänfte gegen die Anführer der Arbeiter ausrufen und können sie nun nicht wieder loswerden. Das deutsche Volk ist der Militärmarietta ausgeliefert, wenn es nicht sie und ihre Helfershelfer, die rechtssozialistischen Führer, beiseite schiebt.

Der Aufruf, den der Gouverneur von Berlin zur Bildung einer uniformierten Streikbrechergarde erlassen hat, lautet:

Der unabsehbaren Gefahren hat die Groß-Berliner Bevölkerung während der Tage des Generalstreiks gekannt, als gewissenlose Ganakker den Streik auch auf die Gas-, Wasser- und

Elektrizitätswerke ausdehnten. Das Leben von Säuglingen und Kranken, die Aufrechterhaltung der Hauswirtschaft, der Fortbetrieb der Wasserversorgung und Krankenanstalten war aufs äußerste gefährdet. Wenn auch durch die Einsicht der Arbeiter eines Teils dieser Werke und durch das hilfsbereite Einschreiten der technischen Abteilung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Berliner Bevölkerung vor dem äußersten bewahrt geblieben ist, so müssen schon jetzt alle Vorkehrungen getroffen werden, um der Wiederkehr einer solchen Gefahr zu begegnen.

Alle Arbeiter, Techniker oder Ingenieure, die sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen wollen, um die Kranken und Säuglinge sowie die eigene Familie vor den Gefahren zu bewahren, werden aufgerufen, sich als Zeitfreiwillige der technischen Abteilung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division zur Verfügung zu stellen, um im Falle eines gemeinschaftlich nicht genehmigten wilden Streiks in den Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken unter militärischem Schutz in den Stunden der Gefahr diese lebenswichtigen Betriebe aufrecht zu erhalten.

Die Meldestellen werden in den nächsten Tagen öffentlich bekanntgegeben werden.

Der Gouverneur von Groß-Berlin,  
Schöpslin.

Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division hat die Errichtung von Werbebüros für uniformierte Streikbrecher von Roske bekommen. Der Berliner Streik wird natürlich nur als Vorwand benutzt. Tatsächlich sollte die Garde-Kavallerie-Schützen-Division schon vor dem Berliner Streik eine technische Abteilung gebildet, der die Aufgabe zugewiesen war, streikenden Arbeitern in den Rüden zu fallen. Diese Abteilung besteht gegenwärtig aus etwa 500 Mann. Man hofft, durch die öffentliche Werbung die Zahl auf 8000 zu erhöhen. Es wird sich bald zeigen, daß die neueste Garde des Herrn Roske noch andere Aufgaben zu erfüllen haben wird, als die Berliner Bevölkerung vor den Gefahren wilder Streiks in den öffentlichen Betrieben zu schützen.

## Ein Detachementsbefehl.

Der günstige Märzwind blies uns folgendes Schriftstück auf den Redaktionstisch:

Charlottenburg, den 25. März 1919.

### Detachementsbefehl.

1. Sämtliche Komp. und Abteilungen melden sofort, wieviel Abzüge und Zugänge noch und während der Sparsparatunruhen vorliegen.
2. Aniffs. Wien wird wegen Fahrlässigkeit und Feigheit sofort entlassen. Er ließ sich am 10. 3. 19 beim Lebensmittelpolizisten von den Sparsparatisten ein Lastauto mit Lebensmitteln abnehmen, ohne sich zur Wehr zu setzen.
3. Zum Aniffs. werden wegen Tapferkeit befördert: Grenadier Müller, Russeleier Riemeh, beide von der R.G.F.-Abteilung.
4. Zu Ehren des Hauptmanns Haupt wird ein Liebesmahl veranstaltet. Sämtliche Offiziere sind am 28. 3. im Kasino Bumbas, abends 8 Uhr. Wachhabende Offiziere werden durch älteste Aniffs. der Komp. ersetzt.
5. Der Gefreite Krug ist sofort zu befehlen und dem Kriegsgesichtsdienst vorzuführen. A. hat am 22. 12. 18 Waffen an Volkswaffen verkauft und ist außerdem mit 8 Wochen Gefängnis bestraft. Er hat seine Strafe sofort zu verbüßen und ist dann vom Freim.-Detachment Oden auszulassen.

Der Detachementsbefehl erlaubt mancherlei Einblicke in die militärische Maschinerie der Freiwilligenkorps. Am charakteristischsten ist Ziffer 4. Hauptmann Haupt, dem ein Liebesmahl gegeben wird, war einer der Hauptakteure in Lichtenberg. Hoffentlich ist es auch Herrn Roske möglich, an der Feiertagsfeier teilzunehmen.

## Die französischen Arbeiter rühren sich.

Bern, 26. März. (W. T. S.)

Nach einer Pariser Meldung des „Progrès“ hat der Zentralrat der französischen Arbeiterverbände sich erneut mit der Festsetzung des Achtstundentages befaßt und sich einstimmig für eine industrielle Koalition erklärt, wie sie schon in England bei den Industriearbeitern organisiert ist. Sämtliche Vertreter erklärten, die französische Arbeiterbewegung müsse nach dem 1. Mai im Vollbesitz ihrer Kraft und Handlungsfreiheit sein. Die Abgeordneten der Eisenbahner drohten für den Fall der Nichterfüllung ihrer Forderungen mit dem Generalstreik.

## Regierung und Gegenrevolution.

Die rechtssozialistischen Führer sind über die immer häufiger ihr Haupt erhebende Gegenrevolution recht ungehalten, und der „Vorwärts“ sucht nach kräftigen Tönen. Als wir rechtzeitig vor der heranziehenden Gefahr warnten und immer wieder darauf verwiesen, daß die Regierungspolitik diese Gefahren züchte und den reaktionären und gewalttätigsten Vertretern des alten Systems die Macht überliefern, wurden wir bekämpft und verhöhnt. Und doch ist es die Regierung selbst gewesen, die in unglaublicher Kurzsichtigkeit und Verblendung es dahin gebracht hat, daß die Reaktion tatsächlich über bedeutende Machtmittel verfügt, während die Revolution entwaffnet ist.

Wie systematisch die Regierung in dieser Hinsicht gearbeitet hat, dafür zeugt das von uns bereits erwähnte Dokument, das wir hier im Wortlaut folgen lassen:

Berlin, den 27. Februar 1919.

Parteiloser Selbstschutz aller Staatsangehörigen gegen den Kommunismus.

Die bevorstehende allgemeine französische Kommunisten des kommunistischen Teiles des Proletariats, deren Gesamterfolg den Sieg des Kommunismus in Deutschland bedeuten wird. Der Kommunismus wird nicht ein kurzes Durchgangsstadium bilden, sondern durch seine Verwurzelung mit Rußland und seine europäische Ausdehnungstendenz bis auf weiteres zum Dauerzustand nach russischem Muster werden.

Die Zeit zur Verhinderung dieser Entwicklung ist kurz, vielleicht auf wenige Tage beschränkt. Kein einziger Tag ist zu verlieren, um folgendes durchzuführen:

Jeder geeignete deutsche Staatsangehörige läßt sich von seinem örtlichen Magistrat in die Listen des parteilosen Selbstschutzes eintragen und erhält Anweisung, wohin er sich im Alarmfall zu begeben hat. Die Bewaffnung wird vom Magistrat gemeinsam mit den Regierungsbehörden und Regierungstruppen vorbereitet und im Alarmfall auf den Sammelplätzen durchgeführt. (Keine Waffen nach Hause mitnehmen. Sparsparat würde sie „auflesen“.) Zahlreiche Frauen sind im inneren Dienst verwendbar. Die Beschäftigung der öffentlichen Gebäude und der Straßendienst sind planmäßig ausgearbeitet, bereit, daß binnen weniger Stunden im Alarmfall alles fertig ist. Gewinnt Sparsparat einen Vorsprung, so ist planmäßig das Gewonnene durch Gewalt wieder abzunehmen. Die Leitung liegt in militärischer, regierungstreuer Hand. Die Schaffung einer Schutzwehr von wenigen Prozenten der Bürgerkraft genügt nicht, sondern die Gesamtheit muß eintreten. Nur so bleibt die zahlenmäßige Überlegenheit sichergestellt und wird das moralische Übergewicht festgehalten oder zurückgewonnen. Der Bürgerstreik ist überall vorzubereiten und nötigenfalls bis zum äußersten durchzuführen.

Es muß Klarheit herrschen, daß die Entwicklung zu weit gediehen ist, als daß schwere blutige Kämpfe noch vermieden werden könnten. Es gilt, den ausbrechenden Bürgerkrieg durch Energie und Opferbereitschaft schnell zu beenden. Selbstliches Zurückweichen einzelner untergräbt das Gelingen des Ganzen, macht die Rettung zu nicht und führt den Kommunismus automatisch durch Teilerfolge zum vollen Sieg. In den bevorstehenden Kämpfen wird der Mutigere den Feigteren überwinden. Wer sich drückt, wo die Angeln pfeifen, richtet sich und die Gesamtheit zugrunde.

Nur der taktische Erfolg in schweren Gefechten kann noch in ausdauerndem Zusammenhalten die Lage retten. Opfer an Toten sind unvermeidlich. Der Wille zur Rettung muß rücksichtslos sein.

Zur Einleitung der Organisation des parteilosen revolutionären Selbstschutzes ist bei den jetzigen Verhältnissen die Regierung wenig geeignet, weil sie durch Rücksichten auf das nichtkommunistische Proletariat und auf die Entente gebunden ist. Vielmehr kommen heute nur die Zentralvorstände der großen Parteien in Frage. Die Reichsparteien haben in den großen Städten zu wenig Anhänger und würden die gesamte nichtkommunistische Arbeiterschaft und Handwerkererschaft abstoßen. Das Zentrum ist territorial zu uneinheitlich. Die Reichsparteien müssen parteitaktisch Rücksichten nehmen. Alle diese Parteien sind jedoch zur Mitwirkung in vollem Maße geeignet. Die erste Voraussetzung wird jedoch am praktischsten von der demokratischen Partei ausgehen, die sowohl an die Regierung als auch an die anderen Parteien unter Zurücksetzung aller kleinlichen parteipolitischen Bedenken umgehend heranzutreten hat. Die zentralen Parteivorstände weisen ihre sämtlichen örtlichen Organisa-

Konnen zur sofortigen Durchführung des Plans an. Die Zusammenarbeit der Parteien kann je nach den beläglichen Verhältnissen ganz verschieden sein. Die demokratische Partei beschränkt sich auf die erste Anregung und die Anweisung ihrer Organisationen, ihrerseits die erste Anregung und Einleitung vorzunehmen. Von da ab ist die ganze Schutzorganisation völlig parteilos, nur auf die Rettung des Staates gerichtet.

Die Regierung ist darauf hinzuweisen, daß die Verhängung des Belagerungszustandes örtlich oder provinziell nicht zu spät erfolgt.

Ausdrücklich ist zu betonen, daß es sich um eine reine Defensivorganisation handelt. Monarchistische Bestrebungen müssen bei den Freiwilligenkorps von vornherein völlig ausgeschlossen sein.

Unterlassung oder Säubern sind heute unverantwortlich. Die Sache ist einfach, selbstverständlich und unmittelbar dringend. In der ersten Märzwoche kann und muß alles fertig sein! Sofort anfangen!

gez. Guido Knorzner.

Hauptmann zur Zeit bei der Kommission zur Feststellung von Rechtsverletzungen (Auswärtiges Amt), Unter Linden 46.

Kriegsministerium Berlin W 60, den 17. März 19.

Kr. 5020. 8. 10. AM Leipzig Str. 5.

Abdruck zur Kenntnis.

Der Kriegsminister.  
gez. Reinhardt.

Der Unterstaatssekretär.  
gez. Göhre.

Das ist wohl das Tollste, was geleistet werden konnte. Hier wird ganz systematisch der Bürgerkrieg organisiert. Die Bourgeoisie wird zu den Waffen gerufen, der Bürgerkrieg organisiert und seine Durchführung bis zum äußersten empfohlen!

Die Regierung bleibt im Hintergrund. Offenes Vorgehen ist aus Rücksicht auf die Arbeiterschaft und die Entente nicht empfehlenswert; auch die Mehrheitssozialisten sind nur für die Mitwirkung, nicht zur Initiative brauchbar. So überläßt man denn die Anregung den Demokraten!

Käuflich ist das Ganze parteilos, nur gegen die Kommunisten gerichtet, monarchistische Bestrebungen ausgeschlossen. Als würden sich die reaktionären Führer und Organisatoren darum kümmern!

Ein Hauptmann aus dem Auswärtigen Amt macht diesen Vorschlag, und der Kriegsminister und sein sozialistischer Unterstaatssekretär billigt ihn! Dabei ist das ganze so heimlich und hinterlistig, zugeht von einem solchen Dickschädel der Leute, die sich solcher Mittel bedienen und das für Politik halten, daß man wirklich bestürzt ist. Bestürzt über das Unglück eines Volkes, das eine solche Regierung ertragen muß, die in Verschwörerweise gegen das eigene Volk konspiriert, die nicht begreift, daß Offenheit und Ehrlichkeit auch für eine Regierung unbedingte Voraussetzung bildet, sondern sich einbildet, mit Lüge und Gewalt sich an der Macht erhalten zu können.

Wundert sich der „Vorwärts“ jetzt noch immer über den Uebermut der Rechten? Oder glaubt er, daß ein Göhre und Reinhardt Figuren sind, die in dieser Regierung nicht fehlen dürfen, weil sie sich so trefflich in den Rahmen dieser ganzen Politik einfügen?

### Das Signal der Gegenrevolution.

Die „Sozialistische Korrespondenz“ des Herrn Seilmann schreibt unter diesem bezeichnenden Titel über das provokatorische Auftreten des Herrn von Kardorff in der Preussischen Nationalversammlung:

Es war der Redner der Deutschnationalen, der Landrat v. Kardorff, der die Mitte des Hauses so ungeheuerlich provoziert hatte. Er nannte die Revolution das größte Verbrechen am deutschen Volk, beschimpfte die Arbeiter- und Soldatenräte ganz allgemein als Revolutionskinder, welche das von ihnen angeblieh veruntreute Geld in den Taschen der sozialdemokratischen Agitatoren wiederfinden und nach der Regierung Restlosigkeits und Unwissenheit vor. Der Ministerpräsident Hirsch gestellte diese Angelegenheiten als das Signal zur Gegenrevolution, und der Finanzminister Dr. Südekum bedachte Herrn v. Kardorff scharflich zu, indem er in detaillierten Angaben die Sauberkeit der A- und S.-Kasse und das Verbrechen der seligen Offiziere darlegte, die in den ersten Novembertagen wie die Schafe aus Mark und Pfennig beorgelohnten sich und Milliarden Volksgut in sich gefangen haben. Wenigstens einen Teil davon haben die A- und S.-Kasse dem Reiche gestreut.

Herr Seilmann muß denn doch daran erinnert werden, daß es rechtssozialistische Journalisten waren, die zuerst den Schwindel über die Geldwirtschaft der A- und S.-Kasse in die Welt setzten. Die Sozialistische Korrespondenz berechnete in lügenhafter Weise und zum Gaudium aller Reaktionäre die Kosten der A- und S.-Kasse schon in den ersten 14 Tagen der Revolution auf 800 Millionen Mark. Der „Vorwärts“ erdreistete sich sogar die Behauptung, es sei nur der persönliche Vorteil, der die A- und S.-Kasse veranlasse, auf ihren Posten zu verharren und nicht dafür eine Dörfler seiner eigenen Gewissen einzusetzen. Wenn sich jetzt die Anschauung der Rechtssozialisten über die Notwendigkeit der A- und S.-Kasse geändert hat, so muß festgestellt werden, daß sich dieser Wandel nicht in der eigenen Brust vollzogen sondern daß die Herren zu einer Revidierung ihrer Ansicht durch den immer stärker werdenden Druck ihrer eigenen Anhänger gezwungen worden sind. Durch ihre verräterische Haltung haben sie das Treiben der Gegenrevolutionäre geradezu herausbeschworen; sie haben ihnen das erschwindelte Material zu ihrem verwerflichen Vorgehen geliefert.

### Ermordet und beraubt.

Frau Dänisch, deren beide Ernährer Paul und Alfred von Regierungstruppen ermordet worden sind, hat jetzt nähere Einzelheiten über die Ermordung erfahren. Der Befehl dazu ist von einem Leutnant Ramens Winter gegeben worden. Die Feuerwehr holte die beiden Toten aus der Handwerkerstraße in der Androsstraße ab. Die dort anwesenden Soldaten gehörten zum Artillerie-Regiment 24. Die Toten waren sämtliche Wertgegenstände und Papiere abgenommen worden. Auch die Schuhe hatte man ihnen geraubt. Um diese Leichenschändung zu verhindern, hatten die Regierungstruppen dem Älteren Dänisch ein paar Nachdeckerschuhe ausgezogen.

Leutnant Winter, der Mörder zweier unschuldiger Menschen, muß sofort verhaftet werden. Ebenso verlangen wir, daß diejenigen, die die Leichen beraubt haben, strafrechtlich verfolgt werden. Wenn sich die Regierung nicht länger mit dem Wusel behagen will, derartige Untaten zu dulden, dann muß sie schleunigst dafür sorgen, daß die Verbrecher endlich hinter Schloß und Riegel gesetzt werden.

### Aus der preussischen Landesversammlung.

Die zweite Serie der Redner, die gestern in der Landesversammlung zu Worte kam, brachte keine Ueberraschungen. Der Abgeordnete Dr. Richter von der Deutschen Volkspartei setzte sich mit der sonderbaren Koalition auseinander, welche zu der jetzigen Kabinettsbildung geführt hat, und glossierte diese Mißgeburt, indem er auf die inneren Gegensätze dieser Koalition hinwies. Die Regierung sei wohl liberal, aber nicht demokratisch. Die Regierung müsse Rücksicht auf die Unabhängigen nehmen und ihnen Rechnung tragen. Auch Herr Schrad. Vielesfeld von den Mehrheitssozialisten brachte sein Unbehagen über die Kritik über das unnatürliche Bündnis der Sozialdemokraten mit dem Zentrum zum Ausdruck. Dem Zentrum gegenüber machte er Vorbeugungen, seine Partei stehe auf dem Boden der vollen Glaubensfreiheit. Die Religion werde auch in Zukunft noch eine hohe Bedeutung haben. Schrad verlangte klare Politik, als ob seiner Partei das überhaupt möglich sei. Den Arbeiterräten, deren Entwicklung noch nicht abgeschlossen sei, dürften Rechte nicht vorenthalten werden. Durch Demokratie zum Sozialismus! sei die Parole.

Herr Schmieding vom Zentrum zweifelte stark an den Versicherungen Schrads über die Wahrung der Glaubensfreiheit. Die Volkspartei hör er wohl, allein ihm fehle der Glaube; das war wenig schmeichelhaft für die neue Koalition.

Abg. Hergt von der deutschnationalen Partei suchte seinen Freund v. Kardorff zu deden ob der Angriffe, die ihm seine provokatorische Rede eingetragen. In Südekum sieht er mit seinen Freunden den rechten Mann als Leiter der preussischen Finanzen. Ueber die Sicherung der Kriegsanleihen wünschte er eine Erklärung des Finanzministers.

Abg. entgegnete der Minister Hirsch. Dann ging Südekum ausführlich auf die vom Abg. Hergt angeschnittenen Fragen der Finanz- und Steuerpolitik, der Sozialisierung und der Eisenbahnen ein. Wie nicht anders zu erwarten, ließ keine Rede jede Spur sozialistischer Anschauung vermissen. Nach seinen Worten ist einzig und allein die Hungerblutade schuld, daß Deutschland von den inneren Kämpfen zerrissen wird. Die sozialen Hintergründe dieser Kämpfe, den Klassenkampf sieht Herr Südekum nicht. Für ihn läuft auch die Sozialisierung nur auf eine „Durchstaatlichung der Wirtschaft“ hinaus. Es nahm deshalb auch nicht Wunder, daß Herr Südekum sich zum Schluß für die Inhaber der Kriegsanleihen ins Zeug legte und in heftiger Weise gegen unsere Partei polemisierte. Hieraus wurde die Debatte abgebrochen und auf Antrag unserer Fraktion einstimmig beschlossen, die Verlesung der in unglücklicher Geistesverfassung befindlichen Abg. Velleri (U. S. V.) zu fordern.

### Die Aufwandsentschädigung des Reichspräsidenten.

Der „Vorwärts“ schreibt zu unserer kritischen Mitteilung über die Aufwandsentschädigung an den Reichspräsidenten:

Die „Freiheit“ hat die Frage aufgeworfen, ob neben dem monatlichen Aufwandsgehalt von 100 000 Mark an den Reichspräsidenten nicht ein beträchtliches Gehalt ausbezahlt wird. Dazu ist festzustellen, daß der Reichspräsident außer dem Aufwandsgehalt von 100 000 Mark keine anderen Bezüge hat, daß auch niemals andere Bezüge angefordert worden sind. Die 100 000 Mark sind dazu bestimmt, das gesamte Bureau des Präsidenten, einbezogen die Gehälter sämtlicher Beamten und des ganzen Personals zu bestreiten. Der Präsident hat von vornherein erklärt, daß er über die ihm zugedachten Aufwandsgehälter auf das genaueste Rechnung legen und einen sich ergebenden Ueberschuß zurückzahlen wird. Er will dergestalt das ihm gegebene Amt so verwalten, wie er es angeordnet hat. Im übrigen dürfte auf Antrag der mehrheitssozialistischen Fraktion eine nochmalige Prüfung des Vorschlags des Reichspräsidenten erfolgen. Es ist wahrscheinlich, daß hierbei die einzelnen Ausgabenposten fixiert werden und auch das persönliche Gehalt des Reichspräsidenten festgelegt wird. Auch diese Nachprüfung entspricht der Auffassung und dem Wunsch des Präsidenten.

Wie der letzte Absatz dieser Notiz zeigt, ist unsere Kritik an der Aufwandsentschädigung berechtigt gewesen. Wir verlangen deshalb, daß eine Scheidung der Kosten des Reichspräsidenten nach Gehalt und Aufwandsentschädigung erfolgt. Dadurch allein ist die Möglichkeit gegeben, den Eindruck zu verhindern, als ob mit der Stelle des Reichspräsidenten eine Sinekure geschaffen werden sollte.

### Erregte Kammerdeute alle in Frankreich.

Bei einer Aussprache über die Friedenspolitik kritisierte der Sozialist Maheras in sehr heftiger Weise die französische Politik gegen Rußland. Der Marischal Doh habe sich bemüht, Deutschland gegen Rußland zum Kriege zu treiben. Auch die russischen Kriegsanleihen in Deutschland werden auf Veranlassung von Doh nicht in die Heimat zurückgeführt. Trotzdem hätten die Bolschewiki eine große Armee von 550 000 Mann, die von keinem anderen geführt sei, als von dem General Brussilow. Er protestierte gegen die Tatsache, daß die französische Regierung einen Krieg gegen Rußland vorbereite, ohne daß die Kammer darum gefragt werde. Der Vorsitzende in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, Douillon, erklärte, daß das Land von einer wachsenden Unruhe ergriffen werde, die sich verlei, je länger die Arbeiten der Friedenskonferenz sich hinziehen. Die Regierung habe in den Verhandlungen mit den Offizieren vollständig verlagert, und man verwendet nicht mehr Diplomaten zu den Verhandlungen, sondern ernenne einfach die Generale dazu. Der Redner lehnte in sehr scharfer Weise ab, dem Minister des Reichs das Vertrauen zu gewähren. In seiner sündig durch Zwischeneinruf der Sozialisten unterbrochenen Aus-

wort erklärte sich, daß Frankreich nichts von der vom Clemenceau verfaßten Politik abgehen werde, den Bolschewismus zu bekämpfen. In Nordrußland sei bis auf das Gebiet von Archangelsk die Lage stationär. Dort hätten die Bolschewisten eine erfolgreiche Offensive unter deutscher Führung eingeleitet. In Sibirien festige sich die Lage der Milierten, in Südrussland hätten die Bolschewiki Cherson eingenommen. Die dort befindlichen Deutschen haben sich mit den neuen Herren verbrüder. Die Lage in Odesk sei schwierig. Es wurde daher der Oberbefehl über die Streitkräfte in Südrussland einem französischen General übertragen. In der Ukraine sei die Lage besonders unsicher. Die Bolschewisten haben Charkow eingenommen. Das Direktorium Petljura-Binskens mußte sich auflösen. Die Milierten verfügen in Südrussland über 650 000 Mann an Streitkräften.

### Die Revolution in Ungarn.

Die Regelung des Wohnungswesens.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Budapest, 27. März.

Der Revolutionäre Regierende Rat hat in seiner Verordnung über die Enticung der Häuser angeordnet, daß alle Wohnhäuser und der dazu gehörende Boden Eigentum der Ungarischen Nationrepublik sind. Die Miete wird durch Hausverwalter und Mitglieder der Vertrauenskörperschaft der Hausbewohner einkassiert und an ein dazu bestimmtes Geldinstitut abgeliefert. Diejenigen, die bisher aus jenem Grunde keinen Mietzins bezahlten, weil das Haus, in dem sie wohnten, ihr Eigentum war, haben nunmehr Hausmiete zu bezahlen. Die notwendigen Herstellungsarbeiten in den Häusern und Wohnungen besorgen Bezirkswohnungskommissionen. Die Ausführung der Verordnung wird durch das Volkskommissariat für soziale Produktion überwacht.

### Die Sozialisierung.

Budapest, 27. März.

Der Revolutionäre Regierende Rat erläßt eine Verordnung, der zufolge die Nationrepublik alle diejenigen Industriellen, Bergbau- und Verkehrsbetriebe, deren Arbeiterzahl am 22. März 1919 20 überschritt, unter Kontrolle der Arbeiterschaft und unter gesellshaftlicher Leitung stellt. Die darauf übernommenen Betriebe werden durch vom Volkskommissariat für soziale Produktion ernannte Kommissare verwaltet. Entschieden zwischen dem Arbeiterrat des Betriebes und dem Produktionskommissar derselben in irgendeiner Frage eine Meinungsverschiedenheit, so hat der Arbeiterrat sich im Schlichterwege an das Volkskommissariat für soziale Produktion wenden, dessen Entscheidung bindend ist.

### Das Recht auf Arbeit.

Budapest, 27. März.

Wie das Ungarische Korrespondenzbureau meldet, ist eine Verordnung über das Recht zur Arbeit und über den Arbeitszwang erlassen worden, die besagt: Nachdem der Proletariatstaat die Abschaffung des Privateigentums damit anfangt, daß er die den Rahmen des Kleinhandels überschreitenden Betriebe und die Wohnhäuser in öffentliches Eigentum übernimmt, hat im Proletariatstaat nur derjenige ein Recht zu leben, der entweder körperliche oder geistige Arbeit zur Aufrechterhaltung der Gesellschaft verrichtet. Die Nationrepublik ordnet daher den allgemeinen Arbeitszwang an und stellt demgegenüber das Recht auf Arbeit fest. Der Staat ist verpflichtet, alle jene zu erhalten, welche arbeitsunfähig sind, sowie jene, welche arbeiten wollen, wenn der Staat ihnen nicht Arbeit beschaffen kann.

### Beschlagnahme der Goldmünzen.

Budapest, 27. März.

Wie das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet, ist eine Verordnung erlassen worden, wonach derjenige, der die in seinem Besitz befindlichen Goldmünzen und ausländischen Geldsorten binnen vierzehn Tagen nicht irgendeinem unter Kontrolle der revolutionären Regierung stehenden Geldinstitut übergibt, vor das Revolutionsgericht gestellt wird.

### Ein Funkspruch Lenins.

Wien, 26. März.

Lenin hat am Vela Nun einen Funkspruch geschickt, in dem es heißt: Bitte mitzutheilen, welche realen Garantien Sie dafür haben, daß die neue ungarische Regierung wirklich kommunistisch, nicht nur einfach sozialistisch, das heißt sozialverträglich ist. Es ist ganz sicher, daß infolge der eigenartigen Verhältnisse die ungarische Revolution als bloße Nachahmung unserer russischen Politik in ihren Einzelheiten zu einem Fehler wird; vor diesem Fehler muß ich warnen.

### Polenruhl.

Nach den „Pol. War. Nachrichten“ vom 10. Januar 1919 hat der Bürgermeister Wlad in Sabin zu Protokoll gegeben, daß die Polen am 11. Januar d. J. bei der Besetzung der Stadt Sabin deutsche Frauen und Kinder in unheimlicher Weise niedergemacht hätten.

Die Nachricht ist vom „Vorwärts“ und anderen Zeitungen wiedergegeben worden.

Jetzt nehmen deutsche Bürger in Sabin in nachsichtiger Erklärung hierzu Stellung:

Der „Vorwärts“ und andere deutsche Zeitungen bringen die Nachricht, die Polen hätten nach der Eroberung unserer Stadt am 11. Januar d. J. deutsche Frauen und Kinder niedergemacht, wie der Bürgermeister Wlad zu Protokoll gegeben hat. Wir Endemittelkämpfer erklären unaufgefordert diese Aussage als eine Lüge.

Deppa, Veterinär-Rat, Prager, Bozor.

Wied, Bezirks-Kommissar.

### Beilegung des monarchischen Plunders.

Wien, 27. März. Nach einer Notbureaumeldung bestimmt die Regierungsvorlage über das frühere Herrscherhaus die Aufhebung aller Herrscherrechte und sonstigen Vorrechte des Hauses Habsburg-Lothringen für immerwährende Zeiten und die Landesverweisung aller Mitglieder dieses Hauses und derjenigen von Bourbon-Parma. Die Republik Deutsch-Oesterreich ist Eigentümerin des in ihrem Gebiet befindlichen, beweglichen und unbeweglichen sowie des für das früher regierende Haus aber ein-





### Deutsche Nationalversammlung.

Die Verhandlungen über den Notetat, der auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung stand, gab Gelegenheit zu einer allgemeinen politischen Debatte, die sich hauptsächlich um die Rede Scheidemanns und seine Ausführungen gegen die monarchistische Reaktion drehte.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir bemerken, daß es uns ein unerträgliches Mißverhältnis scheint, daß die Minister außerhalb der Tagesordnung das Wort ergreifen und lange politische Ausführungen machen, ohne daß sich daran noch der bisherige — allerdings ganz unnütze — Geschäftsführung eine Debatte schließen kann. Wäre heute nicht zufällig der Notetat zur Verhandlung gekommen, so hätten die Herren von Rechts auf die Angriffe Scheidemanns ebensowenig antworten können, wie vor kurzem die Unabhängige Sozialdemokratie auf die Provokationen Noskes. Daß sich ein Parlament eine solche Übung gefallen lassen könnte, halten wir für ausgeschlossen. Wenn ein Minister das Bedürfnis hat, eine politische Rede zu halten, so muß selbstverständlich damit die politische Debatte verbunden sein.

Die Debatte bot zunächst kaum neue Momente. Interesse verdient der Posten des Notetats, in dem für den Reichspräsidenten 100 000 M. angefordert werden. Mit Recht wurde ziemlich allgemein diese Forderung als unverständlich bezeichnet und eine genaue Aufstellung darüber verlangt, wozu denn diese Summe dienen soll.

Erst in vorgerückter Stunde erhielt als Redner der Unabhängigen Sozialdemokratie Haase das Wort und damit endlich die Gelegenheit, Abrechnung zu halten und der Sache gegen unsere Partei entgegenzutreten. Aber darüber hinaus gestaltete sich diese Rede zu einer programmatischen Rundgebung unserer Partei über die wichtigsten Fragen der äußeren und inneren Politik.

#### 30. Sitzung, Donnerstag, den 27. März.

Auf der Tagesordnung stehen der vierte Nachtragsetat für 1918. Der Nachtragsetat enthält die Auforderungen für den Reichspräsidenten (monatlichen 100 000 Mark Aufwandsgehalt), sowie für das Reichsarbeitsministerium und das Reichsfinanzministerium. Der Notetat sieht die vorläufige Regelung der laufenden Ausgaben für das Rechnungsjahr 1919 vor.

Reichsfinanzminister Schäffer begründet beide Vorlagen unter Hinweis auf ihren vorläufigen Charakter.

Abg. Schulz-Dalep (Soz.): Solange der Bolschewismus sich darauf beschränkt, seine Ideen mit geistigen Waffen zu propagieren, wollen wir ihm mit geistigen Waffen antworten. Sollte er aber mit Handgranaten zu überzeugen sucht, bligen und verlangen wir, daß der Staat seine schärfsten Nachmittel dagegen anwendet. Das gleiche erwarten und verlangen wir von ihm bezüglich der Wehren, die von rechts drohen. Noch sehen wir nicht die unmittelbare Gefahr einer Gegenrevolution, aber hier bricht es schon den Anfängen entgegenzutreten. Die Vorgänge vom Sonntag waren nur ein vergleichsweise harmloser Kustat; zu den gefährlichen Vorgängen in der Preussischen Landesversammlung. Hier hat Herr Dr. Wolff eine aufreizende Rede gehalten, die nicht weiter als die

#### Schilderung der Gegenrevolution

bedeutet. Die Revolution, sagte er, ist das größte Verbrechen, das je am deutschen Volke begangen worden ist. (Stürmische Rufe: Sehr richtig! rechts, Unruhe, Lärm und Pfuirufe b. d. Soz.) Weich denn Herr von Harbort nicht, daß er damit die Gefühle von Millionen Deutsche (Zuruf rechts: Millionen Verbrecher! Große Unruhe b. d. Soz.) in unerhörter Weise verletzt. Wir Sozialdemokraten haben die Revolution nicht gewollt, wir hätten gewünscht, daß freie Bahn auch ohne die Gewalttätigkeiten einer Revolution geschaffen worden wäre. Revolutionen werden nicht gemacht. (Widerspruch und Gelächter rechts.) Revolutionen kommen wie elementare Ereignisse. Sobald die Revolution einmal da war, gilt und galt für uns Sozialdemokraten, sie den Interessen des deutschen Volkes dienlich zu machen. Trotz der trüben Gegenwart vergehen wir nicht und wir sind der festen Überzeugung: Man wird demalst die Revolution preisen als die große dreieckige Wende für eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes. (Beifall b. d. Soz.) Glauben Sie sich, meine Herren, die Sie etwa Harbort'schen Ideen folgen, wir lassen uns die revolutionären Erregungszustände weder bejammern noch gerühmend. (Rechts Zustimmung b. d. Soz.) Glauben Sie sich, daß Sie nicht eine neue Revolution vorbereiten. Die erste ist gezügelt worden durch den deutschen Sozialismus. Ein zweites Mal könnte es anders kommen. (Rechts Zustimmung b. d. Soz.)

An die Regierung richte ich die Frage, ob die Erklärung des russischen Volkskommissars Tschitscherin richtig ist, daß deutsche Truppen den linken Flügel einer großen Offensive gegen Rußland darstellen, die offenbar im Auftrage der Entente unternommen sei. Ich beantrage die Ueberweisung des Nachtragsetats an den Ausschuss. Wir wünschen dort nähere Mitteilungen der Regierung darüber, wodurch die hohe Summe von 100 000 Mark monatlich an Aufwandsentschädigung für den Reichspräsidenten notwendig geworden ist. Wir Sozialdemokraten haben gewiß das größte Vertrauen, aber wir sehen in einer schlichten und einfachen Bekleidung der Amtsführung des Reichspräsidenten eine dringende Notwendigkeit, auch mit Rücksicht auf die jetzige Lage Deutschlands. (Sehr richtig! links.) Die mit dem Amt des Reichspräsidenten verbundenen sachlichen Aufwendungen müssen streng getrennt werden von den persönlichen Aufwendungen. Bei der Beratung des obenstehenden Etats werden wir auch die Frage prüfen, ob an den Ministergehältern nicht Abstriche angebracht sind. (Sehr richtig! links.) Wir wünschen weitere Aufklärung darüber, warum das Flugwesen jetzt schon privaten Kreditoren überlassen worden ist, während es sich doch ganz besonders zur Sozialisierung eignet. (Sehr richtig! links.) Eine Erhöhung der Alters-, Invaliden- und Unfallrenten und der Unterstützungen der Angehörigen von Kriegsgefangenen ist notwendig. Wir müssen endlich wieder Ordnung schaffen in unseren Finanzen und in unserem ganzen politischen Leben. (Beifall rechts.)

Reichswehrminister Noske: Auf die Anfrage des Abg. Schulz wegen der Ausrüstung des russischen Volkskommissars Tschitscherin habe ich zu erklären: Wenn der russische Staatsrat von ankommenden deutschen und polnischen Truppen gesprochen hat, so entspricht diese Behauptung, sowohl deutsche Truppen in Betracht kommen, nicht den Tatsachen. (Hört! Hört!) An den Kämpfen im Volkstum hat hauptsächlich lettische und litauische Truppen beteiligt. Deutsche Truppen haben in den letzten Wochen nur eine Operation von ganz geringfügiger Bedeutung vorgenommen, die in der Presse zu Unrecht als ein großer Sieg der deutschen Truppen über die Russen berichtet worden ist. Es handelte sich dabei lediglich um die Befreiung einer Bahnlinie auf beschränktem Raum, um den Nachschub besser zu organisieren. Seitdem ist ein Stillstand der Operationen eingetreten. Es besteht zwischen der Obersten Kommando-

tung und mir und der Reichsregierung Uebereinstimmung darüber, daß von den deutschen Truppen keine Offensivbewegung in Rußland und Litauen unternommen wird. Eine gewisse Sicherung der deutschen Ostgrenzen wird leider noch erforderlich sein, aber die Reichsregierung ist nur von dem lebhaftesten Wunsch erfüllt, auch mit Rußland in Frieden und guter Nachbarschaft zu leben. (Beifall.)

Abg. Ruper-Schwaben (Z.): Die Anforderungen für den Reichspräsidenten werden wir genau prüfen. Mein äußerlich muß es den Anschein erwecken, als ob der deutsche Reichspräsident mehr Einkommen hat, als seine Kollegen in den Vereinigten Staaten und in Frankreich zusammen genommen. Im Interesse des Reichspräsidenten muß eine Trennung der persönlichen und sachlichen Ausgaben erfolgen. Mit der Sanierung unserer Reichsfinanzen muß bald begonnen werden.

Abg. Graf v. Posadowsky (Dnat.): Der Ministerpräsident sollte seine Kraft nicht verwenden gegen Bestrebungen, die ihn sonst ernstlich bedrohen. Die Arbeiter- und Soldatenräte bilden ein Nebenparlament, das die Regierung neben der Nationalversammlung nicht außer Kraft setzt. (Sehr richtig! rechts.) Die Arbeiter- und Soldatenräte befehlen die Sozialverwaltung durch die allerersten Arbeiter. Wenn die Regierung die Arbeiter- und Soldatenräte nicht aus dem Staatsleben ausschaltet, so werden bald die Hände derer, die diese Regierung hinaustragen werden, Redner verliert dann eine lange Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei gegen die Regierung.

Abg. Dr. Bohnke (Dem.): Wir haben es in der Hand, bei der Sozialisierung eine Grenze zu ziehen (Rufe rechts: Abwarten!), und wir werden diese Grenze ziehen. Wir wissen das Eigentumsrecht zu respektieren.

#### Abg. Haase (U. Soz.):

Die Aufwandsentschädigung für den Reichspräsidenten erscheint uns reichlich hoch. Der Notetat stellt uns vor die Frage, ob wir der Regierung unser Vertrauen schenken können. Die politischen Verhältnisse sind schlimmer als in der Kriegszeit. Der Belagerungsstand herrscht in vielen Städten und die außerordentlichen Kriegsverdienste sind an der Arbeit. Für nationalpolitische Aufhebungen ist die Straße frei. Unabhängige Versammlungen aber werden verboten. Weßhalb wurden die „Freiheit“ und die „Republik“ verboten? Die Regierung hat uns darauf höflich geantwortet. Es wird der Tag kommen, an dem dem Major von Gilsa dieser Ton in der Seele fest bleiben wird. (Unruhe.) Die Regierung und ihre Handlanger wahren auch nicht mehr die Rechte der Nationalversammlung. In Halle wurde die Wohnung des Abg. Roenen durchsucht, in Berlin, während ich in Weimar war, meine Wohnung, wobei man ein Nachmittagsessen auf das Haus richtete. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Und ebenso ist es dem Abg. Dr. Cohn ergangen. Die Regierungstruppen stellen auf Gesetz und Verfassung. In Berlin sind in den letzten Wochen

#### über tausend Personen verhaftet

worden. Angeblich besteht ein Befehl Noskes, wonach alle Mitarbeiter der „Neuen Bahnen“ und alle maßgebenden Mitglieder der kommunistischen Partei verhaftet werden sollen. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Wäre diese Verfügung echt, sie wäre das schändlichste Tendenzverfahren, das es je gegeben hat. Das Material von den Verhaftungen liefern die alten Volkzeitungspolizei. Die Denunziationen mit hat einen Umfang angenommen, wie in der Zeit des Verfalls des römischen Reiches. (Widerspruch.) Man hat als neue Art die militärische Post erfunden. Der Noskes'sche Befehl bedeutet allerdings nicht die Einführung des Standrechts, denn selbst

#### das Standrecht

fehlt ein gerichtliches Verfahren voraus. Hier hatte jeder Soldat das Recht jeden niederzuschlagen, den er mit der Waffe kämpfend antraf. (Lärm b. d. U. Soz.) Wehrlose Gesangene, die sich schon ergeben hatten, sind niedergeschlagen worden. Es sollte eben kein Parolen gegeben werden. Das ist ein Verbrechen. Die Garde-Schützenbrigade hat den Befehl Noskes noch verstärkt. (Hört! Hört! b. d. U. Soz.) Hunderte von Personen sind gegen das Gesetz hingerichtet worden. (Pfuirufe b. d. U. Soz.) Das grauenhafteste ist der Brand in der französischen Straße. Selbst bürgerliche Blätter haben das anerkannt. Ueberall, wohin die Truppen kommen, entsetzt Unruhe. (Lachen.) Ich erinnere an Adlershof. In der Volksmarindivision wollte man die Garde der Revolution treffen. Die 24 Kanonen sind kalten Sinnes hingschleift worden. Das paßt ganz zu der bestialischen Art, wie man Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet hat. Die Menschheit selbst ist durch diese Taten geschändet worden. (Zurufe: Klueber Spartakus!) Die Spartakisten hatten am 6. Dezember den Kommandanten Wels in ihrer Macht. Ihr Gebäude wurde mit schwerer Artillerie beschossen, obwohl es menschenleer gewesen wäre. (Stürmische Rufe! Hört!) Wenn die Matrosen sich widersetzlich verhalten hätten und Wels zugrundegegangen wäre. (Erneutes stürmisches Hört! Hört!) Es lebt Wels heute noch, so haben die Matrosen gehandelt. Hat Liebknecht auch nur je einen Menschen angefaßt? (Zurufe rechts: Er hat geschßt.) Der Anlaß zu dem Noskes'schen Erlaß war das Märchen von Lichtenberg. Eine Art Pogromstimmung ist dadurch erzeugt worden. Es war

#### gar kein Spartakuspaß.

sondern in Berlin ist es nur deshalb zu Kämpfen gekommen, weil die Volksmarindivision und die republikanische Soldatenwehr sich gegenüber den Freiwilligentruppen benachteiligt fühlten. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Die Ermordung des Oberstleutnants von Klueber ist gewiß abhorrlich, aber so ist es manchmal ergangen. Volkzeitungspolizei haben vielfach die Spartakisten erit aufgepaßt. (Lachen.) Das ist erwiesen. (Erneutes Lachen.) Zurufe: die harmlosen Spartakisten.) Auch die schlimmsten Unmenslichkeiten der Sparatisten wären keine Entschuldigung für die Regierungstruppen. Bei uns ist das

#### paritätische System

neu aufgelegt. (Widerspruch.) Die Untersuchungsgefängnisse werden mit Weislingen gefüllt, so daß die Anwohner des Zimmern nicht hören können. Ein Untersuchungsgefängnis ist

#### im Gefängnis erschossen

worden, nur weil er der Freund von Karl Liebknecht und der neue Leiter der „Neuen Bahnen“ war. Die Reaktion triumphiert wieder. Wir halten gewiß nicht viel vom bürgerlichen Pazifismus, aber wir achten und ehren den am Sonntag amtierenden Professor Schueßung, der sich während des ganzen Krieges auf auktiverer Mann gezeigt hat. Der Ministerpräsident unterschätzt den Einfluß der Sozialdemokratie, die er keinesfalls nennt. Es wäre eine gefährliche Selbsttäuschung, wenn man sich nicht darüber klar wäre, daß die Litwin, Hilfen, Lettom-Verbot wie ein Mann geschlossen hinter Ludendorff stehen, wenn es darauf ankommt. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Neben den Offizieren improvisieren auch die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und viele Mittel- oder der linken bürgerlichen Parteien mit Ludendorff. Die „Völkische Nationalzeitung“ hat schon bei der Rückkehr Ludendorffs nach Deutschland ausgerufen, daß Noske und seine Trabantler ihrem Herrn und Weiser Ludendorff die Wege ebnen. Selbst der „Vorwärts“ hat jetzt endlich die Gelegenheit erlangt, vor der wir stehen.

Es ist meiner Partei niemals eingefallen, dem deutschen Volk das Recht zum Protest gegen Gewalttätigkeiten der Entente abzusprechen. Wir haben es vielmehr immer zum Protest aufgerufen, aber die Anführer und Stützer der deutschen Gewalttätigkeiten sind allerdings zu solchen Protesten schiedt legiert. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.)

Der Reichswehrminister hat endlich ausgesprochen, daß wir mit Rußland zu friedlichen Verhältnissen kommen wollen. Ich frage aber das Auswärtige Amt und die Regierung, was sie zu diesem Zweck getan haben. (Sehr laut! b. d. U. Soz.) Wie lange wird es denn noch dauern, bis die Truppen aus Rußland zurückgenommen werden. (Unruhe und laute Zurufe rechts.) Zurückgenommen an die deutsche Grenze. (Erneute Unruhe rechts.) Präz. Kehrnbach: Bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen, die den Redner nur zur Verlängerung seiner Ausführungen zwingen. Das strengt ihn übermäßig an. (Hört! Hört!) Es versteht sich von selbst, daß die Grenze geschützt werden muß, aber man schänt sie nicht dadurch, daß man in das fremde Land geht und dort den Kriegszustand verlängert. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.)

Die „Frankfurter Zeitung“ richtet am 10. März in einem überaus beachtenswerten Artikel an die Regierung die Frage, wie es eigentlich mit unserer Ostpolitik steht. Wir dürfen doch nicht übersehen, daß Ungarn von den Kommunisten beherrscht ist, daß über kurz oder lang auch in Rumänien die siegreiche Revolution den Kommunismus zur Herrschaft bringen wird. Wollen wir denn mit allen diesen Völkern des Ostens nicht in Verkehr treten? Nein, es muß unsere Aufgabe sein, so schnell wie möglich einen solchen Verkehr anzubahnen. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Alles, was Reichsminister Erzberger über eine Kabinetsklärung am 12. Dezember berichtet hat, ist absolut falsch. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Eine Verbindung mit Rußland würde uns gegenwärtig von größtem Nutzen sein, denn Groß-Rußland und die Ukraine können und sofort mit Rohstoffen und später auch mit Lebensmitteln versorgen. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Widerspruch rechts.) Wenn die „Times“ erklärt, Deutschland wolle sich

#### mit Rußland gegen die Entente

verbünden, so erkläre ich namens meiner Partei, daß wir gar nicht daran denken, ein solches Bündnis zu schließen, sondern daß wir im Gegenteil endlich auch im Osten aus dem Kriegszustand herauskommen wollen. Die Weltrevolution ist im Gange, aber sie wird sich nicht in allen Ländern nach dem russischen Schema vollziehen. Bisheriger Sozialismus allein ist die Befreiung der Menschheit. (Rechts Zustimmung b. d. U. Soz.)

Reichswehrminister Noske: Wir wünschen gewiß ein gutes Verhältnis zu Rußland. Rußland verlangt aber von uns, daß wir vorher bolschewistisch werden. Das lehnen wir ab. Deutschland muß nach eigener Kraft fertig werden. Die Antwort, die Major von Gilsa dem Abg. Haase gegeben hat, war von mir verfaßt. (Zurufe b. d. U. Soz.: So sieht sie aus!) In der Antwort ist festgehalten, daß die „Freiheit“ in gemeingefährlicher Weise die an sich schon gereizte Stimmung der deutschen Bevölkerung dauernd weiter schürt. Das weiß jeder Leser des Blattes. Nur Herr Haase weiß das nicht. Bei nächster Gelegenheit wird ihm mit einem Straf-Ritate recht werden. Run zu Halle.

In Halle kam es darauf an, den Bahndienst schnell wieder herzustellen. Dabei ist Oberleutnant von Klueber in bestialischer Weise ermordet worden. (Pfuirufe.) Andere Offiziere wurden schwer mißhandelt und das unabhängige Blatt in Halle stellte mit Bedauern fest, daß einer dieser Offiziere entwischt sei. (Zurufe.) Wenn solche Gemeinheiten vorkommen, darf sich niemand wundern, wenn entsprechende Gegenmaßnahmen angefaßt werden. (Sehr richtig!) Das bedauern wir, lehnen die Verantwortlichen aber ab. Wie wird denn mit den Korbellenen Schindler gezipelt, nur zur Förderung der politischen Ziele des Herrn Datz.

In seinen weiteren Ausführungen erklärte Noske, daß in einem solchen Falle nicht Paragrafen gelten, sondern lediglich der Erfolg, und der sei auf seiner Seite gewesen. Als er den Abgeordneten Haase und seine Freunde aus die Brandstifter der Schrednisse, bezeichnete, brach bei den Unabhängigen ein Sturm der Empörung aus. Der Präsident rügte zwar die Ausdrücke Noskes, die Mehrheit wendete aber dem Reichspräsidenten demonstrativen Beifall.

Abg. Weder (D. Volksp.) erklärte, daß seine politischen Freunde die Kundgebung des Nationalbundes deutscher Offiziere nicht billigen, die sie als zwecklos und wenig geschmackvoll bezeichnen müßten. Aber der Ton, den der Ministerpräsident bei seinen angelegenen habe, sei ebenwogenig zu rechtfertigen.

Diese Bemerkung veranlaßte den Ministerpräsidenten Scheidemann, dagegen Einspruch zu erheben, daß er irgend jemand habe beschimpfen wollen. Er ging nochmals auf den Staatsgerichtshof ein und erklärte es als selbstverständlich, daß dieser Staatsgerichtshof objektiv und unabhängig urteilen müsse.

Nach einer großen Reihe persönlicher Bemerkungen wurde beschlossen, die Vorlage dem Hauhaushaltsausschuss zu überweisen, der schon morgen vormittag seine Arbeiten in Angriff nehmen wird. Die nächste Sitzung wurde für Freitag nachmittags 3 Uhr anberaumt.

### Preussische Landesversammlung.

#### 12. Sitzung, Donnerstag, den 27. März.

Präz. Reiner eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. Die Aussprache über das Regierungsprogramm wird fortgesetzt.

Landwirtschaftsminister Braun stellt fest, daß auch die Regierung die Bedeutung der Landwirtschaft durchaus zu würdigen wisse.

Die Landwirtschaftskammern fasse ich als rein wirtschaftliche Vertretungen auf. (Beifall! Widerspruch rechts.) Stark Verfallsverbindungen der Völkern.) Mit allen Mitteln werde ich politische Kundgebungen von Landwirtschaftskammern wie sie in der letzten Zeit schon mehrfach erfolgt sind, bekämpfen. In den Landwirtschaftskammern wird die Regierung alle landwirtschaftlichen Gruppen ohne Unterschied der Partei zusammenfassen. (Große Unruhe rechts, Beifallstundgebungen links.)

Nur die Eigenerzeugung bereichert unsere Wirtschaft. Wir müssen bestrebt sein, unsere Ernährung aus eigener Kraft zu sichern. Der zu erwartende Verlust an heimischem Boden zwingt uns deshalb zur Kultivierung unserer Oedländer. Ein Ersatz für die Landwirtschaft wird der Umwandlung, daß sich für die Beteiligung der Kriegsgeldbesitzer auf vier feste Jahre tätigen kann. (Beifall! Widerspruch rechts.) Sie können nicht bestreiten, daß die Landwirtschaft während des Krieges recht gut verdient hat. Der Minister zeigt an einem Beispiel, daß 10 Domänen, die im Frieden zu 145 000 Mark verpachtet waren, im Jahre 1917 einen Gewinn von 507 000 Mark brachten. Es ist anzugeben, daß die Landwirtschaft durch den Krieg in ungewöhnliche Verwicklungsrichtungen geraten ist, die durch Zerstören im Gärtenbau und den Düngemittelmangel nachteilig wurden. Die Streiks sind von der äußersten Linken verursacht. Von den Unabhängigen wurde hier vor einigen Tagen verwiesen: Es wird noch nicht genug geteilt. Dieses Wort hat nichts anderes als: es wird noch nicht genug gekämpft. Hungerqual des Volkes ist ganz einfach die letzte Dognung für

die Unabhängigen, ihre Politik durchzuführen. (Stärkender Beifall. Große Unruhe bei den Unabhängigen.)

Abg. v. Richter-Dannover (D. Sp.): Spricht zunächst über landwirtschaftliche Fragen und schließt dann über die Revolution.

Abg. Schred (Soz.): Wir haben schon einen Vertreter der Schichten gehört, die mit besonderer Bildung ausprägen, es nicht betragen können, daß die feine Partei früher ausgeübt hat. Darüber hinaus etwies sie aber auch den Geist des Truges und Aufhebens. Mit echt jüngerlicher Ueberheblichkeit sprach er von der Wehr- und Ehrlosigkeit des deutschen Volkes und forderte Dank für die frühere Dynastie. Er versagte zu erzählen, wie der Niedergang Deutschlands gekommen ist, und daß man Hühneraugen keinen Dank schuldet. (Zuruf rechts: Das ist ein Schand!) Eine Schande ist es, solches Gebahren zu verteidigen. (Lebhafte Beifall links.) Der Zusammenbruch ist nicht herbeigeführt durch die Sozialdemokratie, sondern durch die Sozialpolitik, die von den Freunden Norddorffs schon im Frieden geübt wurde und durch die Politik während des Krieges. Gerade diese Politik ist auch die Ursache für den Haß der Sieger gegen den Besiegten. (Lebhafte Beifall links.) Solche Reden wie die des Herrn von Norddorff erschauern nur den Wiederaufbau Deutschlands, und seine Schmach ist nach einem starken Heer hat zweifellos der Waffenstillstands-Kommission neue Hindernisse in den Weg gelegt. (Lebhafte Beifall links.)

Die von ihm so leidenschaftlich verurteilten

Arbeiter- und Soldatenräte

haben dafür gesorgt, daß wir heute überhaupt noch leben. Gerade die Herren von der Rechten haben die Wirksamkeit der Arbeiter- und Soldatenräte in den ersten Tagen der Revolution wohl zu schätzen gewußt, weil die Räte verhindert haben, daß der 'Kaiser' sich auf ihren Dächern niedergelassen hat. Nachdem die Räte ihnen also Existenz und Leben erhalten haben, trachten sie jetzt aus den fernsten Winkel und tiefsten Gefassen ihrer Beschreibungen wieder hervor. Auch dabei hüpfen sie sich noch auf die Sozialdemokratie, die mit aller Macht der gewalttätigen Führung des inneren deutschen Lebens Halt gebietet. (Lebhafte Beifall links.) — Unruhe rechts.) Selbst das Verhalten der Kuffelweber geht zurück auf das Verfahren der rechtsstehenden Partei. Von wem anders haben die Auftritte Gewalttätigkeit gelernt? Wer hat den Soldaten das schlechte Beispiel der Mißachtung fremden Besitzes gegeben? Wer hat das wichtigste Heeresgut in sich gelassen? Die Arbeiter- und Soldatenräte des Westens haben geradezu einen Schutzwall aufzurichten müssen gegen die

Kausverträge der Elemente im Ozean.

die nicht zu den minderbemittelten sozialen Schichten gehören. (Große Unruhe links.) Die Angriffe der Rechten auf die Regierung erklären sich ganz einfach daraus, daß sie bei den Wahlen sich nicht mehr der früheren rücksichtslosen Wohlbeeinflussung bedienen konnten. Demensprechend sind auch die Wahlen ausgefallen. Sie (zur Rechten) können nicht bestreiten, daß das deutsche Volk sich für die Demokratie entschieden hat. Die äußerste Linke aber muß zugeben, daß es sich noch nicht für den Sozialismus erklärt hat. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Kompromißpolitik und einer Koalitionspolitik. — Wenn im Volke Verbitterung und Hergeiz noch immer gähnen, wenn keine Ruhe eintreten will, wenn sich Aufruhr und Spartakistenputsche immer wieder ereignen, so liegt die Ursache nicht nur in der Enttäuschung der breiten Volksmassen über die Haltung ihrer Klassenossen in den feindlichen Ländern nach dem Siege der Revolution vom 9. November, auch nicht nur an dem unerträglichen Druck der Waffenstillstandsbedingungen, sondern Sie (noch rechts) müssen sie auch an ihren eigenen Rechten suchen. Ich erinnere Sie an die Beschlüsse vom letzten Sonntag. Wir verlangen darum von der Regierung die rascheste Demokratisierung der

ganzen Verwaltung. Dieses muß mit der Durchsichtigkeit der Gemeindevorfassungen baldigst aufgeräumt und ein einseitiges Gemeindericht geklärt werden. Es ist fernere Sorge dafür zu tragen, daß die jetzt sich überall bildenden 'Einwohnerwehren', die ursprünglich einen Schutz vor Räubern und Plünderern darstellen, nicht etwa zu Schutzwehren rüchlicher Landräte werden. Den Verlagerungszustand wird, davon sind wir überzeugt, die Regierung nicht einen Tag länger als unbedingt notwendig bestehen lassen. (Große Unruhe bei den U. Soz.) Die Regierung wird auch kühnlich zu einer Nachprüfung zu schreiten haben, ob nicht eine ganze Reihe politischer Persönlichkeiten aus der Haft zu entlassen sind und eine Amnestie, wie Sie (zu den U. S.) sie wünschen, durchgeführt werden kann. Die Regierung muß aber auch gegen die Gefahren von rechts nicht minder aufmerksam sein; diese Gefahren dürfen sich auf den allerhöchsten Widerstand aller hoffenden Stände gefaßt machen, wenn sie glauben, die Errungenschaften der Revolution gefährden zu können. Hat Herr Dr. Hofenseld übrigens je Fühlung mit den Massen gehabt? Wir müssen ihn als Sachverständigen über proletarisches Empfinden abhören. (Unruhe bei den U. Soz.) Aufwärts und vorwärts geht unser Weg trotz alledem! (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Schmieding (Zent.): Der Abg. Schred hat sehr schöne Worte über die Glaubensfreiheit vorgetragen. 'Die Botschaft hat' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.' 1881 erklärte Babel im Reichstage: Wir erheben auf religiösem Gebiete den Atheismus, Christentum und Sozialismus neben sich entgegen wie Wasser und Feuer. (Unruhe und Zurufe bei den Soz.) Es freut mich so, daß heute eine andere Anschauung vertreten worden ist. Also Sie wollen sich bessern.

Abg. Dr. Frenkel (Dem.): Wir wünschen vollkommen Aufschluß über die großen Ausgaben, die dazu geführt haben, daß unsere Schuld auf 6 Milliarden angewachsen ist. Wir bedauern, daß uns die Tarifserhöhungen nicht vorgelegt, sondern auf dem Wege der Verordnung eingeführt wurden. Wir hätten vor einer Ueberdehnung der Tarife gewarnt, die den Güterverkehr einschränken und dadurch auch die Einnahme verkürzen muß. Wir warnen auch vor einer Uebertreibung der Anspannung der Steuerkraft, an die außer Steuern auch das Reich die größten Anforderungen stellen muß. Wir hoffen, daß uns der Aufstieg glücken wird. (Lebhafte Beifall bei den Demokraten.)

Vertreter des Ministers der Oeffentlichen Arbeiten, Ministerialdirektor Vape: Die Verwaltung hat durchaus die Tarifreform der Landesverammlung vorlegen wollen; wenn sie dennoch nicht durch Gesetz, sondern durch Verordnung in Kraft gesetzt worden ist, so lag das ebenfalls daran, daß der Entwurf hier nicht mehr rechtzeitig hätte verabschiedet werden können, da sich der Zusammentritt um eine Woche verzögerte.

Abg. Dr. Fergl (D. Nat.): Es wäre reichlich naiv, zu glauben, daß jetzt von irgendeiner Partei eine Gegenrevolution unternommen werden könnte. (Lebhafte Widerspruch links. Rufe: Na, na!) Er ist eine direkte Beleidigung für eine Partei, die hier programmatisch hat erklären lassen, daß ihr jede Absicht einer Gegenrevolution fernliegt, daß sie nicht gewissenlos genug ist, das Land in einen Bürgerkrieg zu betreiben. Das Land will keine neue Revolution von der Linken, aber auch keine von der Rechten, es will Ruhe, Ordnung, Wiederaufbau, und auch wir wollen dazu beitragen, wir alle wollen einmütig daran mitarbeiten.

Ministerpräsident Giesch: Was ich gestern über die Gegenrevolution gesagt habe, war völlig ernst zu nehmen. Selbstverständlich werden Sie (zur Rechten) jetzt noch nicht alle Vorbereitungen zum Bürgerkrieg treffen. Es gibt aber Kräfte unter Ihren Freunden, die nur auf den Augenblick für einen neuen Umsturz lauern. Dabei braucht es ihnen noch nicht einmal auf die Wiederherstellung der früheren Zustände z. B. der Monarchie, anzukommen. Ganz zweifellos werden aber reaktionäre Zustände angestrebt, und das nennt man Gegenrevolution. (Lebhafte Beifall links.) Es ist geschichtlich falsch, daß durch die Zusammenkunft der preussischen Regierung und der Rechten bereits vor dem 9. November alles erreicht war. Wichtig ist, daß sie aus Angst

vor dem Zusammenbruch zu weitgehenden Reformen bereit waren, aber was sie zugesprochen, kam zu spät. Der Zusammenbruch war nicht mehr aufzuhalten. Hätten sie sich nicht mit Händen und Füßen gegen noch so kleine Reformen gewehrt, dann wäre die Revolution vielleicht vermieden worden. (Lebh. Beifall links.) Ich stelle ausdrücklich fest, daß sämtlichen Beamten einschließlich der politischen Beamten die politische Verantwortlichkeit bühlig freigegeben ist. Die Regierung muß aber selbstverständlich den größten Nachdruck darauf legen, daß die Beamten die Maßnahmen der Regierung nicht durchkreuzen. Die Vorleserträge, die die Regierung in den Staatsdienst überträgt, müssen in ihrem Anbetracht ganz selbstverständlich ihre Tätigkeit für die Partei aufgeben. Wir wollen keine neue Klassenherrschaft aufzurichten, keine Diktatur des Proletariats herbeiführen, denn wir sind gute Demokraten und erstreben eine Demokratie in des Wortes wahrster Bedeutung. Das Wort 'das Vaterland über die Partei' ist für uns keine leere Redensart. (Lebh. Beifall links.)

Finanzminister Söderum: Der frühere Finanzminister und letzte Abgeordnete Fergl hat sich ausgesprochen über die Ursachen für die Gesundheits der preussischen Finanzen vor dem Kriege und dabei die Finanzgebarung der früheren Regierungen in einen gewissen Gegensatz zu der Finanzgebarung der vorläufigen Regierung gebracht. Das nötigt mich zu der Erklärung, daß ein erheblicher Teil der Lasten, mit denen wir jetzt zu kämpfen haben, durch Unterlassungen der früheren Finanzverwaltung hervorgerufen worden ist.

Es ist das Schicksal des Finanzministers, sich unpopulär zu machen. Ich habe den Mut, das auf mich zu nehmen. Die letzte eigentliche Grundursache für unsere jetzige Lage ist in der Kaufkraft noch nicht berührt worden. Ich sehe sie in der Kaufkraft, die entgegen den Woffenstillstandsbedingungen die Hungerblende nicht aufgehoben, sondern verschärft und der Summe des deutschen Volkes verewigt wurde. Es ist unerträglich, wie dieses Volk mißhandelt wird, obwohl es doch nur durch die Kriegsgeld und eben durch die Hungerblende niedergedrungen wurde. (Starke Bewegung.) Durch die Aufrechterhaltung der Hungerblende ist Deutschland aus den Unruhen nicht herauskommen und zum Spielball verschiedener Parteien geworden. (Lebh. Beifall.)

Ueberführter Sozialismus, das ist auch die Meinung hervorragender Führer der Unabhängigen, würde mit demselben Verfahren für die Volkswirtschaft verbunden sein und für die Wirtschaft keinen Erfolg bringen. Durch planlose Sozialisierung werden wir nichts erreichen. Ich erblicke den Schlüssel der Situation in einer Rationalisierung der Produktion und Durchnationalisierung der Wirtschaft. (Lebh. Zustimmung.) In der Frage der Annullierung der Kriegsanleihen ist mir gesagt worden, daß ein Wort von mir in weiten Kreisen unseres Volkes beruhigend wirken könnte. Daher empfinde ich es als meine Pflicht, dieses Wort zu sprechen. Die erste Erklärung der Revolutionärsregierung, die aus Ebert, Södermann und Landsberg (mit erheblicher Stimme) und den Unabhängigen Hoole, Dittmann und Barth bestand, enthielt eine grundsätzliche Anerkennung des privaten Eigentums. Führer aller früheren Parteien haben auch die Garantie für die Aufrechterhaltung und Verzinsung der Kriegsanleihen ausgesprochen. Erst am 9. März erließ ein Aktionsprogramm der Unabhängigen, nach dem die Kriegsanleihen mit gewissen Einschränkungen annulliert werden sollte. Dieser Programmpunkt ist politisch und wirtschaftlich nicht zu verteidigen. Weshalb wendet sich die Mut der Unabhängigen denn nur gegen die Kriegsanleihen? Weshalb werden sie sich nicht auch gegen die anderen Staatsanleihen? Ab Verhalten entspricht lediglich aus übermäßigem Populärbedürfnis. (Lebhafte Beifall.) Der besprochene Programmpunkt der Unabhängigen mag demagogisch wirksam sein. Oekonomisch ist er unheilvoll. (Lebhafte Beifall.)

Danach vertagt sich das Haus auf Freitag, 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Besprechung über die Regierungserklärungen, Reichsgesetz u. a.

# A. Kreis. Wahlverein U. S. P. D. 4. Kreis.

Sonntag, den 30. März, vormittags Punkt 1/10 Uhr in Concordia, Andreasstraße 64

## Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

### Bericht über den Parteitag.

Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

**Erfinder**  
Anmeld. von Patent.  
Herrn Packcher,  
Münsterstr. 15, Zentr. 7600.

**Grosse!!!**  
Auswahl in  
vornehmen Speisezimmern,  
gediegenen Herrenzimmern,  
aparte Schlafzimmern,  
Köchen, fertig und lazirt  
billig  
**Möbelaus Osten**  
nur 30 Andreasstr. 30.  
**Boten-rauen**  
welche in der Nähe des Magdeburger Pl. wohnen, werden  
verlangt. Marie Dügel,  
Steinmetzstraße 23.

**PIANOS, FLÜGEL** neu und  
gebraucht  
**Römhildt A. G.,** Leipziger Str. 119/120

**Spezial-Behandlung**  
von Geschlechts-, Haut- und Harnleiden  
Jeder Art bei Männern und Frauen, spez. veraltete, hartnäckige Harnleiden u. Ausflüsse, Geschwüre, Ausschlag etc. Manneschwäche, Ehrlich-Hata-(Salvarsan)Kuren, Blutuntersuchung, Licht- und Finnen-Behandlung. Eigenes Kur-Bad für elektrische u. medic. Bäder, Damenraum separat.  
Aerztlich geleitete Heilanstalt.  
**Löser, Münzstr. 9,** nahe Alexanderplatz 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.

**Lagogran**  
(Name gel. gesch.)  
Lagogran hat gegenüber anderen  
Abführmitteln den großen Vorzug  
der Dauerwirkung.  
General-Depot und Versand  
Hohenzollern-Apothek, Berlin W. 10,  
Rögnig-Neugasse 50, Lützow 133.  
So beziehen durch alle Apotheken.

**PIANOS**  
**Adam, Münzstr. 16**  
große Auswahl gebrauchter, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, sowie neuer Pianos, Panzerplatte, weiche Flügel, Kupferbespannung 1800 Mark.  
Klavierstimmer Adam, Münzstr. 16.

**Botenfrauen**  
werden noch in nachstehenden  
Expeditionen eingestellt:  
**Berlin:**  
Wien, Hammerstraße 80.  
Reich, Weichstraße 60.  
Gentel, Ludowikstr. 18.  
Göddardt, Weichstraße 2.  
Gentel, Voltmannstraße 14.  
Wierlauer, Weichstraße 60.  
Döring, Gieselerstraße 20.  
Berens, Berensstraße 74.  
Wentz, Weichstraße 1.  
Gieselerstraße 10.

**Charlottenburg:**  
Grenz, Wallstr. 60.  
**Niederschönweide:**  
Gieselerstraße 67.  
**Steglitz:**  
Haud, Haudstr. 6.  
**Wilmersdorf:**  
Grenz, Gieselerstraße 60.  
**Spandau:**  
Gieselerstraße 60.

**Platz will zur**  
**Kaufmanns-Linie?**  
gratis die hochinteressanten Druckschriften über  
Führung der Lebensmittel, Hebung der Wohnsanität usw.  
aus der Zeitschrift 'Deutscher Käufer-Rat', Berlin SW 61.  
**Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden**  
Spezial-Arzt für Harnröhren-Ausflüsse, Geschwüre,  
Blutentzündungen, Manneschwäche, Gonorrhoe, Syphilis  
und alle Krankheiten verbunden mit Salvarsan-Kuren, Urin-  
untersuchungen. Im ersten u. ältesten Kur-Institut von  
**Löser senior,** Nur Rosenthaler Straße 69-70  
am Rosenthaler Platz.  
Laboratorium, Hell-Anstalt für elektr. u. med. Bäder,  
Münzstr. 9-1 4-8, Sonnt. 9-1. Spezialisten-Demokrat.

Meine Poliklinik für gerichtliche u. versicherungsrechtliche  
Medizin, Berlin NW 6, Luisenstr. 42, am Karlplatz  
ist seit dem 1. März wieder eröffnet.  
Für Unbemittelte kostenlose ärztliche Beratung in  
Straf-, Zivil-, Unfall-, Militär- und  
Werktags 11-12, Sonnabend 6-7 nachmittags.  
Mit der Poliklinik ist ein Laboratorium für gerichtliche  
und klinische Untersuchungen verbunden.  
Wohnungsuntersuchungen auf Feuchtigkeit, Geräusche,  
Erchtörungen.  
Sperma, Haare, Blutuntersuchungen nach Wassermann.  
**Privatdozent Dr. Leopold Bürger.**